

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Astrid Schmitt, Margit Mohr, Alfons Maximini, Ingeborg Sahler-Fesel  
und Manfred Nink (SPD)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

### Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die Handwerkskammer Trier

Die **Kleine Anfrage 1840** vom 14. November 2008 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der aktuelle Stand hinsichtlich von Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die Handwerkskammer Trier?
2. Welche Konsequenzen ergeben sich aufgrund von möglichen Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die Handwerkskammer Trier aus Sicht der Landesregierung hinsichtlich einer Rückforderung von Landesmitteln, sollten sich entsprechende Vorwürfe bestätigen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Dezember 2008 wie folgt beantwortet:

Die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten innerhalb der Handwerkskammer (HWK) Trier hatte ihren Ausgangspunkt im Umweltzentrum der HWK Trier. Die Unregelmäßigkeiten sollen bei der Abrechnung von Fördergeldern durch die HWK Trier im Wesentlichen darin bestehen, dass bei geförderten Projekten mehr Stunden abgerechnet worden sein sollen, als für die Bearbeitung der jeweiligen Projekte tatsächlich erbracht worden sind. Außerdem sollen Personalkosten für Personen abgerechnet worden sein, die nicht in den Projekten beschäftigt waren.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Zum derzeitigen Erkenntnisstand ist zwischen den Nachforschungen der Landesregierung und den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei zu unterscheiden.

- Nachforschungen der Landesregierung erfolgten durch eine Ende 2007 eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe aus Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW), des Ministeriums für Umwelt und Forsten (MUFV) sowie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGFF).

Im Einzelnen erfolgte eine Erfassung und Überprüfung von Förderprojekten, in denen Personalkostenzuschüsse gewährt wurden, sowie eine personenbezogene Erfassung und Überprüfung von Projekten, in denen Mitarbeiter in mehreren Projekten tätig waren.

In einem ersten Schritt wurden in einer Projektübersicht Bewilligungen der Jahre 2000 bis 2007 aus den Zuständigkeitsbereichen des MWVLW, des MUFV und des MASGFF erfasst. Dabei haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass außerhalb des

b. w.

Umweltzentrums vergleichbare Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Hierbei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sich mit den beschränkten Möglichkeiten, die der Landesregierung im Gegensatz zu Staatsanwaltschaft und Polizei zur Verfügung stehen, Unregelmäßigkeiten nicht in jedem Falle feststellen lassen.

- Die Staatsanwaltschaft ermittelt zwischenzeitlich auch gegen den Hauptgeschäftsführer und den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der HWK Trier sowie weitere Personen. Hierzu wurde in öffentlicher Sitzung des Rechtsausschusses am 6. November 2008 berichtet. Die Staatsanwaltschaft hat darauf hingewiesen, dass wegen der großen Zahl geförderter Projekte und der Vielzahl der Tatvorwürfe die Ermittlungen äußerst umfangreich seien und mit deren Abschluss in naher Zukunft nicht gerechnet werden könne.

Die Landesregierung hat die Ermittlungsarbeit der Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt und ihr umfangreiche Auswertungen der interministeriellen Arbeitsgruppe zukommen lassen.

Zu Frage 2:

Die möglichen Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Fördergeldern werden folgende Konsequenzen nach sich ziehen:

- Zu Unrecht gezahlte Mittel werden von den Zuschussgebern zurückgefordert, sobald sich die Höhe dieser unrechtmäßig erhaltenen Mittel eindeutig beziffern lässt.
- Darüber hinaus wird die Förderung der Kammern künftig solchermaßen modifiziert, dass Unregelmäßigkeiten, wie sie bei der HWK Trier aufgetreten sind, nach Möglichkeit verhindert werden.

Hendrik Hering  
Staatsminister